

Kommunen in Not – Gemeindefinanzierungsgesetz jetzt

Resolution des Landesparteirates der LINKEN RLP

DIE LINKE in Rheinland-Pfalz begrüßt die klaren Grundsätze, die der Landesparteitag in Boppard Ende 2011 zur Arbeit in den kommunalen Vertretungen beschlossen hat. Denn jede demokratische Gesellschaft steht und fällt mit ihren Kreisen, Städten und Gemeinden. Ohne diese kann sich kein friedliches und freiheitliches Gemeinwesen konstituieren, kann Soziale Gerechtigkeit für alle Menschen nicht organisiert werden. Ein Land, das seine Städte und Gemeinden dauerhaft verkommen lässt und versäumt, ihnen die erforderlichen nachhaltigen Existenz-, Funktions- und Entwicklungsbedingungen zu bieten, zerstört seine eigene Zukunftsperspektive.

DIE LINKE RLP geht davon aus, dass es unabdingbare Pflicht des Landes ist, seinen Städten, Kreisen und Gemeinden die notwendigen materiellen und ideellen Existenzbedingen zu garantieren. Dass unsere Kommunen vor allem aus finanziellen Gründen heute kaum noch handlungsfähig sind und jeden Entscheidungsspielraum für demokratische Politik und für die Herstellung Sozialer Gerechtigkeit verloren haben, hat aber grundsätzlich nichts mit der gegenwärtigen weltweiten Krise zu tun. Neoliberale Politik und die Profitgier des Internationalen Finanzkapitals verstärken allerdings die grundlegende Misere ins Unerträgliche.

Der Bund und auch das Land Rheinland-Pfalz haben durch permanente Übertragung neuer und zusätzlicher Aufgaben und die damit einhergehende ständige Missachtung des Konnexitätsprinzips die Handlungsunfähigkeit der Kommunalen Selbstverwaltung entscheidend mit herbeigeführt. Auch die Senkung der Einkommenssteuer und der Körperschaftssteuer und die Aussetzung der Vermögenssteuer haben ihren Beitrag zur Unterfinanzierung der Gemeinden geleistet. Dies muss endlich ein Ende haben, wenn die Basis unserer Demokratie nicht daran zerbrechen soll.

Wir fordern deshalb von den politischen Gremien und Verantwortlichen des Landes Rheinland-Pfalz, alles zu unternehmen, um die Handlungsfähigkeit und Unabhängigkeit der Städte, Kreise und Gemeinden auch finanziell wieder herzustellen, nachhaltig zu sichern und auszubauen. Das strukturelle Defizit der Kommunalfinanzierung muss endlich aufgehoben werden. Die eigenständigen Steuer- und Einnahmequellen der Kommunen müssen stabilisiert und ausgeweitet werden.

Um Konjunkturunabhängigkeit des gemeindlichen Handlungs- und Aktivitätsbereichs zu garantieren, muss das Land über ein einheitliches Gemeindefinanzierungsgesetz verpflichtet werden, einen ausreichenden finanziellen und stetig wachsenden „Grundstock“ für alle Kommunen bereit zu stellen, der die notwendige Unabhängigkeit von konjunkturabhängigen kommunalen Steuereinnahmen garantiert. Dass DIE LINKE hinsichtlich der Zuweisung neuer Aufgaben auf strikter und transparenter Einhaltung des Konnexitätsprinzips bestehen, liegt auf der Hand.

Wir fordern deshalb für Rheinland-Pfalz ein einheitliches Gemeindefinanzierungsgesetz, das die Pflichten des Landes, sowie die Lebens- und Handlungsfähigkeit der Städte, Kreise und Gemeinden nachhaltig finanziell gewährleistet und überschaubar und nachvollziehbar zusammenfasst. Die unabdingbare Pflicht des Landes, die gestalterischen, sozialen und kulturellen Aufgaben der Gemeindefinanzierung nachhaltig zu sichern, darf weder in Gänze noch in einzelnen Teilen wegen vorgeblichen Finanzierungsnot, aus mangelndem politischen Durchblick oder aus Bequemlichkeit und Opportunismus an den Bund abgegeben werden. Deshalb streben

linke MandatsträgerInnen an, die finanzielle Erhaltungs- und Förderungspflicht des Landes gegenüber den Kommunen in der Landesverfassung zu verankern.

Kommunaler Entschuldungsfonds (KEF)

Der von der Landesregierung entwickelte „Kommunale Entschuldungsfonds“ bezieht sich auf komplexe Sachverhalte. Deshalb wird eine eindimensional-dogmatische Haltung den höchst unterschiedlichen Ausgangslagen der Kommunen nicht gerecht. LINKE MandatsträgerInnen haben ihrerseits schon seit Jahren kommunale Entschuldungsmaßnahmen gefordert – entscheidend sind allerdings die Spielregeln, nach denen diese durchgeführt werden. DIE LINKE Rheinland-Pfalz orientiert sich vor Ort an folgenden Haltelinien:

1) Die **Kommunalverwaltungen müssen detailliert und umfassend über geplante Finanzierungen der kommunalen Eigenanteile informieren** und Diskussionen in den Selbstverwaltungsgremien sicherstellen, um so den Räten eine sachgerechte Entscheidung möglich zu machen.

2) Wir **lehnen „Ermächtigungsbeschlüsse“ für Verwaltungen ab**, die Verhandlungen zwischen Kommunalverwaltungen und der Landesregierung ohne Beteiligung der demokratisch legitimierten kommunalen Gremien möglich machen. Vor einem Beitritt zum Entschuldungsfonds muss klar auf dem Tisch liegen, mit welchen konkreten Kürzungen kommunale Anteile finanziert werden sollen.

3) Wir können dem Beitritt zum Entschuldungsfonds nur dann zustimmen, wenn die **Kommunale Daseinsvorsorge in öffentlich-rechtlicher Hand verbleibt**, die Rekommunalisierung bereits privatisierter Unternehmen nicht behindert wird, **Kürzungen bei freiwilligen Leistungen, im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich ausgeschlossen sind** und die Investitions- und Entscheidungsfähigkeit der Kommunen hinsichtlich des sozial-ökologischer Umbaus, des Bildungswesens, der kommunalen Infrastruktur sowie der menschengerechten Stadt- und Gemeindeentwicklung uneingeschränkt erhalten bleibt. Darüber hinaus sehen wir auch die Einnahmesteigerung durch Gebührenerhöhung und steigende Eintrittsgelder, z.B für Schwimmbäder u.a. kritisch, weil auch dadurch wieder die Bürgerinnen und Bürger belastet werden, deren Einkommen solche Steigerungen nicht zulassen.

Darüber hinaus **lehnen wir Lohn- und Gehaltskürzungen**, sowie Einschränkungen der Sozialleistungen für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes ebenso strikt ab, wie Stellenabbaubestrebungen in der Öffentlichen Verwaltung und den Öffentlichen Dienstleistungsbereichen. Die öffentlichen Haushalte dürfen auf keinen Fall auf dem Rücken der Beschäftigten „saniert“ werden. Dies ist schon deshalb unverantwortlich, weil eine solche Politik immer zu Lasten der kollektiven Daseinsvorsorge und der freiwilligen Leistungen der Kommunen führen muss und davon vor allem die Menschen mit kleinerem Einkommen massiv betroffen sind. Ein leistungsfähiger, gut funktionierender und motivierter öffentlicher Dienst ist für die demokratisch kontrollierte öffentliche Daseinsvorsorge unverzichtbar.

DIE LINKE.